

Hauptausgabe

AZ Zeitungen AG  
5401 Baden  
058/ 200 53 10  
www.schweizamsontag.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 72'984  
Erscheinungsweise: wöchentlich

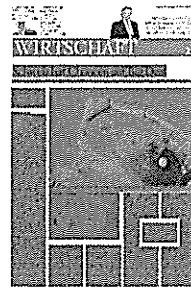
Themen-Nr.: 272.003  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 21  
Fläche: 92'244 mm<sup>2</sup>

# Schweiz hat Chancen auf Big Deal

Die EU und die USA verhandeln über die grösste Freihandelszone der Welt – und signalisieren, dass die Schweiz beitreten darf



Die riesigen nordamerikanischen Farmen werden zur Bedrohung der Schweizer Landwirtschaft, falls die Schweiz der Freihandelszone EU -USA beitrifft. KEYSTONE



## Hauptausgabe

AZ Zeitungen AG  
5401 Baden  
058/ 200 53 10  
www.schweizamsonntag.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 72'984  
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 272.003  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 21  
Fläche: 92'244 mm<sup>2</sup>

Die Schweiz erzielt zwei Drittel ihrer Exporte mit der EU und den USA. Nun winkt der vollständige Zollabbau. Doch die Bauern könnten das verhindern. Für die Exportindustrie wäre das eine Katastrophe.

VON PETER BURKHARDT

**B**is Ende 2015 wollen die EU und die USA die grösste Freihandelszone der Welt schaffen. Sie wird 30 Prozent des gesamten Welthandels und die Hälfte der Weltwirtschaftsleistung umfassen. Waren mit Herkunft aus diesem Raum könnten zollfrei gehandelt werden. Gleichzeitig sollen die Standards für Produktezulassungen, Inspektionen, Biolabels und Verzollungen vereinheitlicht werden.

Doch das ist nur der erste Schritt. Die EU und die USA zeigen sich offen, dass weitere Länder dies- und jenseits des Atlantiks beitreten dürfen. US-Chefunterhändler Mike Froman sprach kürzlich von einer «offenen Plattform», an die sich Drittstaaten «andocken» dürfen. Sie werden jedoch nicht zum Verhandlungstisch eingeladen und müssen das Ergebnis integral übernehmen. «Take it or leave it», heisst das Motto.

Bereits angemeldet haben sich Mexiko und die Türkei. Gute Chancen hat auch Kanada, das zusammen mit den USA und Mexiko das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (Nafta) abgeschlossen hat. Nun haben die USA auch der Europäischen Freihandelsassoziation (Efta) signalisiert, dass ihre vier Mitgliedsländer Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island als Unterzeichner willkommen sind. Aus dem EU-US-Deal wird also im Endausbau ein eigentliches transatlantisches Freihandelsabkommen (siehe Karte).

«Es gibt keine offizielle Zusage, aber informelle Signale, dass wir dabei sein könnten», bestätigt der Schweizer Chefunterhändler Didier Chambovey, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge und Leiter Welthandel im Staatsse-

kretariat für Wirtschaft (Seco). «Wir haben den Eindruck, dass es möglich sein könnte, sich anzuschliessen. Ob wir die Möglichkeit wahrnehmen, ist offen. Das wird der Bundesrat aufgrund der Verhandlungsergebnisse entscheiden.»

**ERSTE GESPRÄCHE** gab es bereits im Rahmen des «Handelsdialogs», den die USA den Efta-Staaten auf ihren Wunsch gewährten. Im November und im Juni fanden zwei Treffen statt, beide Male in Washington. Die Schweiz als Sprecherin der Efta gab dabei zu erkennen, dass sie sich einen Beitritt zum Freihandelsabkommen vorstellen kann. «Unser Interesse ist, dass das Abkommen gegenüber Drittländern offen ist», sagt Chambovey. «Wir haben unseren Ansprechpartnern, der EU und den USA, mitgeteilt, dass wir eine Beitrittsklausel für beitriftswillige Drittländer wünschen.»

Das transatlantische Freihandelsabkommen ist für die Schweiz viel wichtiger als das bilaterale Abkommen, das sie kürzlich mit China abgeschlossen hat. Denn mehr als zwei Drittel der Schweizer Exporte gehen in die EU und die USA (siehe Grafik). Darin liegt zugleich das grösste Risiko: Lehnt die Schweiz einen Beitritt zum USA-EU-Abkommen ab, wird das für die Schweizer Wirtschaft spürbare Folgen haben.

Genau das befürchtet Martin Naville, Direktor der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer. Er hat Angst, dass die Schweiz unter dem Druck der Bauern abseits steht. Denn diese würden wegen des radikalen Zollabbaus, den die EU und die USA vorsehen, zu einer weitgehenden Marktöffnung gezwungen. Die Schweiz schützt sie heute mit Zöllen, die doppelt so hoch sind wie in der EU, vor ausländischen Agrarprodukten. «Wir sind dermassen protektionistisch, dass das Abkommen wahrscheinlich massive Auswirkungen auf die Landwirtschaft hat», sagt Naville. «Viele kleine Bauernhöfe werden schliessen.»

**EINE HARTE OPPOSITION** der Bauern zeichnet sich ab. Sie torpedieren bereits

die Verhandlungen für ein Agrarfrei-handelsabkommen der Schweiz mit der EU. Beim transatlantischen Freihandelsabkommen könnte das Gleiche passieren. Der Schweizerische Bauernverband macht schon jetzt klar, dass er nicht zu jedem Preis bereit ist, die Landwirtschaft für die Interessen der Exporteure zu opfern. Er hat dem Bundesrat im Oktober schriftlich mitgeteilt, unter welchen Bedingungen er einem Freihandelsabkommen mit den USA zustimmen würde. Als Hürde sieht er den Zollabbau. Er lehnt auch Gentech-Food, Hormonfleisch, Antibiotikarückstände in Lebensmitteln und Produkte aus Massentierhaltung ab. Und er will an geschützten Ursprungsbezeichnungen festhalten. «Leider herrscht in den USA ein völlig anderes Denken bezüglich Lebensmittelsicherheit und -qualität», sagt Bauernverbandspräsident Markus Ritter.

Die Schweiz dürfe nicht wegen der Bauern abseitsstehen, findet hingegen

Martin Naville. «Es kann nicht sein, dass unsere Außenwirtschaftspolitik bestimmt wird von der Landwirtschaft, die nur 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Ein transatlantisches Freihand-

elsabkommen ohne die Schweiz als einziges Land weit und breit ist absurd.»

Die Interessen der Exportwirtschaft, die 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, seien höher zu gewichten, findet Naville. Denn wenn die Schweiz als einziges Land nicht dabei sei, habe das einen massiven negativen Effekt. Einerseits würden sich weniger Firmen hier ansiedeln. Andererseits würden die grossen Exportfirmen wie ABB, Nestlé und Roche einen Teil ihrer Produktion ins Ausland verlagern.

Das befürchtet auch der Schweizer Chefunterhändler Didier Chambovey: «Wenn wir uns nicht diesem Abkommen

## Hauptausgabe

AZ Zeitungen AG  
5401 Baden  
058/ 200 53 10  
www.schweizamsontag.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 72'984  
Erscheinungsweise: wöchentlich



Themen-Nr.: 272.003  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 21  
Fläche: 92'244 mm<sup>2</sup>

anschiessen, könnte es je nach Ausgang

« Ein transatlantisches Freihandelsabkommen ohne die Schweiz als einziges Land weit und breit ist absurd.»

MARTIN NAVILLE, HANDELSKAMMER SCHWEIZ - USA  
der Verhandlungen zur Verlagerung von Produktionskapazitäten ins Ausland und zu einem Stellenabbau kommen.» Werde die Schweiz zum Beitritt eingeladen, müsse letztlich die Politik die Interessen von Landwirtschaft und Exportindustrie gegeneinander abwägen.

Ein Absichtsstehen hätte aber auch für die kleinen Schweizer Zulieferer negative Folgen. Grund sind die sogenannten Ursprungsregeln. Sie besagen, wie viel lokale Wertschöpfung in einem Produkt sein

muss, damit es vom Zollabbau profitieren kann. Ein deutscher Autohersteller zum Beispiel müsste möglicherweise darauf verzichten, die benötigten Ge-

triebe von einem Schweizer Zulieferer zu beziehen, damit sein Produkt einen genug hohen EU-Anteil aufweist. Laut einer Studie des Seco würden Lieferanten von Autoteilen und Präzisionsinstrumenten am meisten leiden.

Hans Hess, Präsident des Maschinenindustrieverbandes Swissmem, ist deshalb sehr am Big Deal mit der EU und den USA interessiert. Er sieht Probleme auf seine Branche zukommen, falls die Schweiz nicht teilnimmt: «Es besteht eine erhebliche Gefahr, dass Schweizer Exporteure auf dem nord-

amerikanischen Markt im Wettbewerb mit ihren Konkurrenten aus der EU benachteiligt würden.»

### RIESIGE FREIHANDELSZONE

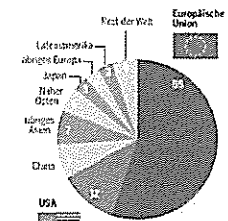
freie Handelszone  
USA  
EU  
EFTA (Schweiz, Liechtenstein, Norwegen, Island)  
Nafta (Kanada, Mexiko)  
Tibet



Quelle: Seco

### WICHTIGSTE HANDELSPARTNER

Anteil nach Exporten 2013, in Prozent



Quelle: Freizollunion

Quelle: Seco/Diras